

Meine Anmerkungen zur Ausarbeitung der CDU

„Ein brandenburgverträgliches Konzept für die Energiepolitik des Landes“ vom 06. März 2012

I Einleitung und Leitbild – Brandenburg ist Energieexportland

Das Land Brandenburg selbst exportiert keine Energie, denn die gesamte Erzeugung und Verteilung der Elektroenergie befindet sich in Deutschland in den Händen der vier Energiekonzerne Vattenfall, E.ON, RWE und Energie Baden-Württemberg (EnBW). Sie haben es in den letzten 20 Jahren nicht erlaubt, dass irgendwelche Bürgerbewegungen bei ihren guten Geschäften mitreden und werden es auch in den kommenden Jahren nicht erlauben. Das ist einzig allein die Aufgabe ihrer Aktionäre und Vorstände. In dieser Frage gibt es keine Demokratie und keine Diskussion.



Brandenburg gehört in Deutschland zu den Regionen mit dem höchsten Bevölkerungsrückgang. Junge Menschen wandern ab, ganze Gebiete entvölkern, die Menschen vergreisen, es werden mehr Arbeitsplätze abgebaut als geschaffen. Angesichts dieser Entwicklung über neue Arbeitsplätze durch den Einsatz alternativer Energieträger zu sprechen, ist der blanke Hohn. Die Energiekonzerne entscheiden allein auf der Grundlage der Lohnkosten, wo und wie viele Arbeitskräfte in Brandenburg für den Bereich der alternativen Energieträger arbeiten werden.

Übrigens, wie viele Familien mit 4 Kindern gibt es in Brandenburg noch, über welche Einkünfte verfügen sie und wie bezahlen sie die ständig steigenden Energiekosten? Schauen Sie bitte in die aktuelle Statistik des Landes Brandenburg!

Die Herausforderung für eine brandenburgverträgliche Energiepolitik

Angesichts der o.g. Fakten von einer *brandenburgverträglichen Energiepolitik* zu sprechen, ist einfach unglaublich. Eine *brandenburgverträgliche Energiepolitik* wäre überhaupt nur denkbar, wenn die Daseinsvorsorge wieder in die Hände der Städte und Gemeinden gelegt wird. Denn die Wurzel allen Übels und aller aktuellen Probleme der Daseinsvorsorge ist der nicht zu lösende Widerspruch, dass bei privaten Unternehmen der Maximalgewinn und bei den Kommunen das Gemeinwohl, d.h. der Mensch, im Mittelpunkt aller Bestrebungen steht. Das haben viele Menschen in Brandenburg und in ganz Deutschland offensichtlich begriffen. Deshalb hat die

CDU-Fraktion in Brandenburg jetzt das Kunstwort „*brandenburgverträgliche Energiepolitik*“ geschaffen.

Der von der Bundesregierung, d.h. auch der von der CDU beschlossene „Atomausstieg“ steht ebenfalls nicht zur Diskussion. Es ist nur anzumerken, dass bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt (von der Schweiz und Österreich ganz abgesehen) kein einziges Land in der Welt mit Kernkraftwerken diesem Irrsinn gefolgt ist. Im Gegenteil, weltweit werden dieses Jahr und in den kommenden Jahren weitere und immer modernere Kernkraftwerke (KKW) gebaut. An der friedlichen Nutzung der Kernkraft führt mit hoher Wahrscheinlichkeit kein Weg vorbei.

Alternative Energieträger (Sonnen- und Windenergie) sind nicht für die Substitution der Grundlast von KKW's geeignet. Sie stehen nur dann zur Verfügung, wenn die Sonne scheint und der Wind weht. Gleiches gilt für die Spitzenlast. Praktische Untersuchungen haben gezeigt, dass an den kältesten Tagen im Jahr die erforderliche zusätzliche elektrische Leistung trotz der bereits installierten Windkraft von ca. 29 GW nicht zur Verfügung steht. Um größere Stromausfälle zu vermeiden, müssen deshalb auch in Zukunft große Kraftwerksblöcke in voller Einsatzbereitschaft gehalten werden. Dass dies mit zusätzlichen Kosten verbunden ist, versteht sich von selbst. Die Speicherung und Nutzung des Stroms in Form von Wasserstoff ist sehr kostenintensiv und für den Kunden aus gegenwärtiger Sicht unbezahlbar. Hervorragende Fachleute und Energiespezialisten haben wissenschaftlich bewiesen, dass dieses Horrorszenarium im Rahmen noch bezahlbarer Kosten nicht realisierbar ist.

Die Netze und Stromleitungen gehören den vier großen Energiekonzernen E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW. Nur sie sind auch finanziell in der Lage, die erforderlichen riesigen Netze für die Kopplung und Glättung der gewonnenen Sonnen- und Windenergie zu finanzieren, zu bauen und in sie den Strom einzuspeisen. Die dabei entstehenden Kosten (Anfangsvergütung, Einspeisevergütung, Netzerstellungs- und Netzdurchleitungskosten) werden voll auf den Kunden umgelegt.

In der sich anschließenden Argumentation wird im Zusammenhang mit der neuen Energiepolitik, von der *Verantwortung* für eine *weitsichtige, kluge und langfristig angelegte Energiepolitik*, die jedoch aus nicht nachvollziehbaren Gründen *schwer prognostizierbar und administrierbar ist*, gesprochen. Ist eine Energiepolitik, die allein in den Händen der Energiekonzerne liegt, überhaupt prognostizierbar? Die Vermarktung der Daseinsvorsorge hat bei diesen Konzernen zu einer solchen Anhäufung von Kapital geführt, dass sie gezwungen sind, dieses um jeden Preis gewinnbringend zu realisieren. Deshalb wird jeder, der aus berechtigten Gründen diese Politik hinterfragt oder an der weitsichtigen, klugen und langfristig angelegten Energiepolitik der Regierungsparteien irgendeine Zweifel anmeldet, belächelt, negiert oder als Gegner des wissenschaftlich-technischen Fortschritts gebrandmarkt. Im schlimmsten Fall ist er einfach nur ein Spinner oder Verschwörungstheoretiker. Für die entsprechende Meinungsbildung sorgen die Medien.

Im weiteren Text beschreibt die CDU die großen *Herausforderungen an eine sichere, bezahlbare und bei den Bürgern akzeptierte Energiepolitik*. Sind wir doof? Oder haben wir nur alles vergessen? Erinnern wir uns:

Die Privatisierung der kommunalen Energieanlagen und Versorgungsnetze erfolgte in den 90er Jahren mit dem festen Versprechen der neuen Eigentümer, dass

- die Städte und Gemeinden erhebliche Kosten einsparen werden,

- die Bevölkerung besser und effizienter mit Energie versorgt wird,
- die Energiepreise für die Kunden sinken werden,
- sich das Angebot, die Qualität und der Service für die Kunden verbessern werden,
- mehr Arbeitsplätze geschaffen werden und dass
- die Städte und Gemeinden bedeutende Konzessionsabgaben erhalten werden.

Alle diese Versprechen wurden nicht eingehalten. Haben die zwei Vertreter der CDU am 05. März 2011 in Diepensee nicht gehört, was ihnen die Bürgerbewegungen über die neue Energiepolitik der Bundesregierung gesagt haben?

Dialog statt Hinterzimmerpolitik – Forschung statt Stillstand und Abwarten

Wir brauchen „... für Brandenburg eine ergebnisoffene Diskussion, die keine technologischen Möglichkeiten ausschließt. Dabei sollen Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und Bürgerinteressen gleichermaßen berücksichtigt werden“. Wie das? Also keine Windparks, keine Windkraftanlagen in den Wäldern, keine Entfremdung unserer Landschaften? ... Wie sollen Fragen der Wirtschaftlichkeit in den Energiekonzernen Vattenfall und E.ON mit den Interessen der Kommunen und ihrer Bürger in Übereinstimmung gebracht werden? Ist das nicht die Quadratur des Kreises? Eine Akzeptanz der Bürger wird erwartet. Eine „... Balance zwischen dem Gemeinwohl des Landes und dem individuellen Interesse der einzelnen Energiesparten ...“ ist herzustellen. „Energiepolitik darf dabei niemals ideologischer Selbstzweck sein“. Was ist das? Eine Drohung? Welche Interessen haben die auf das Gemeinwohl orientierten Kommunen und ihre Bürger und welche Interessen, die auf Profit orientierten Energiekonzerne? Wo ist der ideologische Selbstzweck? Diese Frage kann sich ohne Zweifel jeder Bürger des Landes Brandenburg selbst beantworten!

Unser Leitsatz:

Der formulierte Leitsatz und das daraus skizzierte „Gebäude“ haben nur einen einzigen Haken. Alle drei Pfeiler repräsentieren die Energiekonzerne. Die Pfeiler „Effizienz und Einsparung“ sowie „Energieträger im Mix“ führen - wie schon in Vergangenheit - zu einer Steigerung der Energiepreise, zu einem Abbau der Arbeitsplätze, zu einer Verschlechterung des Services und der Dienstleistungen (siehe auch http://www.dr-schacht.com/Daseinsvorsorge_Vortrag.pdf). Der Pfeiler „Leistungsfähige Netze“ ist das wichtigste Kapital der Konzerne aus dem die enormen Gewinne fließen werden. Warum diese drei Pfeiler auf dem Fundament „Transparenz und Bürgerbeteiligung“, also auch auf den Bürgerbewegungen gegen den massenhaften Einsatz der Windkraft stehen, kann vom Bürger auch anders interpretiert werden. Entscheidend ist, dass die CDU-Fraktion in Brandenburg dieses merkwürdige „Gebäude“ errichten will.

II Brandenburg im Licht langfristiger energiepolitischer Trends

In diesem Abschnitt wird unterstellt, dass die *Einsicht, Akzeptanz und Beteiligung der Bürger* von Brandenburg für den Erfolg der Energiewende gewachsen ist. *Planungsverfahren* und *administrative Prozesse, Entschädigungsregelungen* u.a. für den praktischen Einsatz der alternativen Energieträger müssen deshalb beschleunigt werden. Auf die Notwendigkeit des

Baus neuer Netze und des Einsatzes neuer Zähler (gehören auch den Energiekonzernen!) wird nochmals hingewiesen.

III Fundamente der brandenburgischen Energiepolitik

a. Akzeptanz und Transparenz – Bürgerbeteiligung statt Hinterzimmerpolitik

Erneut werden solche Worte wie Bürgernähe, Beteiligung, Technologieoffenheit, technischer Fortschritt, Transparenz und Verantwortung strapaziert. *„Der Umbau unserer Energieversorgung wird nur gelingen, wenn die Bürgerinnen und Bürger in diesen Veränderungsprozess aktiv einbezogen werden: Akzeptanz und Transparenz sind die“ essentiellen Säulen „ dieses Prozesses“.*

Zwei Verständnisprobleme gibt es in diesem Zusammenhang:

1. Weder die Energieanlagen noch die Energie selbst gehören der Kommune und den Bürgern. Deshalb erfolgt nicht der Umbau unserer Energieversorgung, sondern ein Umbau der energieeigenen Anlagen für und durch die Konzerne.
2. Akzeptanz und Transparenz wird nur von den Bürgern und nicht von den Energiekonzernen gefordert.

Im diametralen Widerspruch zu den Aussagen auf den Seiten 3, 4 und 5 über die Bezahlbarkeit der Energie heißt es:

„Eine sichere, bezahlbare und umweltfreundliche Energieversorgung, die Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Land hält und schafft, kommt nicht zum Nulltarif.“

Der Strom ist schon heute für viele Rentner und Bürger mit geringem Einkommen kaum noch bezahlbar!

Weiter heißt es:

„Das gilt einerseits für die Bereitschaft jedes Einzelnen, Kostensteigerungen in Kauf zu nehmen und eigene Beiträge zu Energieeinsparung zu leisten sowie eigene Verantwortung zu übernehmen, beispielsweise die Änderung von Lebensgewohnheiten, die Anschaffung neuer und moderner Haushaltsgeräte oder die energetische Sanierung des Eigenheims.“

Und andererseits:

„Andererseits beeinträchtigen der Netzausbau, Windkraft- und Solaranlagen, aber auch neue Technologien wie Geothermie oder die CO₂-Speicherung das Lebensumfeld und die Lebensqualität der Menschen unmittelbar. Hier gibt es regional unterschiedliche Akzeptanz- und Toleranzgrenzen, die rechtzeitig erkannt und berücksichtigt werden müssen. Schon jetzt zeigen zahlreiche Bürgerinitiativen diese Konfliktfelder schonungslos auf, die von der Politik gelöst werden müssen. Es geht insbesondere darum, die individuelle Sicht des Einzelnen und das gesamtgesellschaftliche Interesse in einen vernünftigen Ausgleich zu bringen.“

In einer klaren und allgemein verständlichen Sprache heißt das:

Es geht also darum, die Interessen der Konzerne und der Politik mit den Interessen der Bürger in einen vernünftigen Ausgleich zu bringen.

Deshalb gehört die Entwicklung einer *echten Kommunikationsstrategie* auch zu den wichtigen Forderungen der CDU-Fraktion. „Die im Wirtschaftsministerium neu gegründete Arbeitsgruppe „Strategische Kommunikation“ ist auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen“.

b. Forschung und Entwicklung – Innovative Wissenschaftslandschaft statt Stillstand und Abwarten

Die CDU-Fraktion fordert im Rahmen dieses Punktes die weitere *Profilierung der Hochschulen und Institute* auf folgende Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkte der neuen Energiepolitik:

- o Alternative Energieformen, z. B. Algenforschung,*
- o Speichertechnologien,*
- o Wasserstoffforschung,*
- o Materialforschung,*
- o Hochleistungsbohrtechniken (Tiefen-Geothermie),*
- o Stoffkreisläufen (z. B. CO₂),*
- o Steuerungs- und Regelungstechnik.*

Auf die Sorgen und Nöte der Bürger im Zusammenhang mit dem massenhaften Einsatz der Windenergie in Brandenburg (Schattenschlag, Geräusche, Befeuern, gefühlte Belastungen, Infraschall u.v.a.m.) wird nicht eingegangen.

Ich erspare mir deshalb jeden Kommentar.

c. Grundpfeiler unserer Energiepolitik

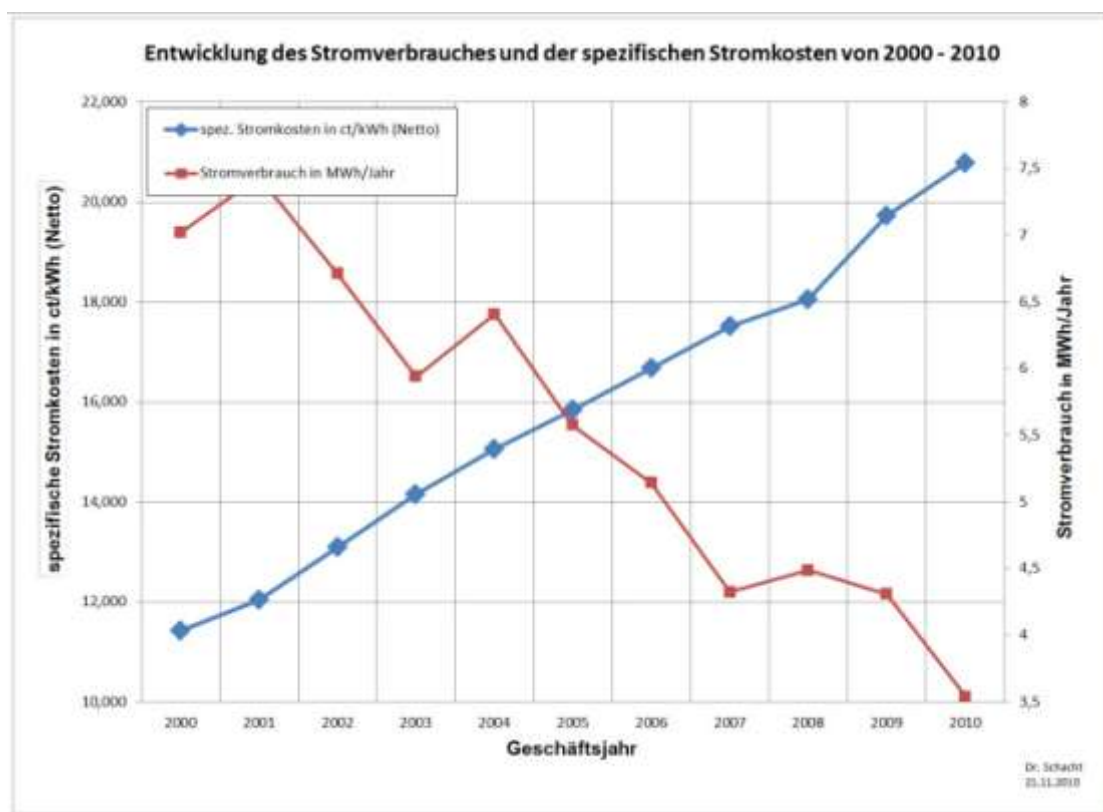
Auch in diesem Abschnitt werden die wirklichen Akteure der neuen Energiepolitik nicht genannt. Es wird festgestellt, dass u.a. folgende realistische Ziele langfristig verfolgt werden:

- *Brandenburg bleibt Energieland (d.h. Vattenfall und E.ON exportieren Energie) ,*
- *Rahmenbedingungen und Förderbedingungen müssen sich an marktwirtschaftlichen Anreizen, Verlässlichkeit und Vernunft orientieren (Profitstreben und Vernunft?),*
- *Abwägung der Interessen zwischen der auf Rendite orientierten Energiesparten und dem Nutzen für die Gemeinschaft (Wer? Wie?).*

1. Pfeiler Energieeffizienz

„Energieeffizienz ist aber nicht nur bei Energieerzeugung, sondern auch bei der Reduzierung des Energieverbrauchs von erheblicher Bedeutung. Die Energiepreise für private Haushalte und Unternehmen in Brandenburg sind in den letzten Jahren rasant gestiegen.“

Ja, die Strompreise sind in den letzten 10 Jahren enorm gestiegen (Bild). Sie werden in den nächsten Jahren auch weiter ansteigen.



Die auf Seite 12 oben dargestellte Tabelle des CDU-Konzepts ist für den Bürger völlig unverständlich.

Die Quintessenz der Energieeffizienz ist, je weniger Energie wir für die Verbesserung unseres Lebensstandards einsetzen, desto teurer wird sie. Wo bleibt der Lebensstandard?

Brandenburg benötigt nicht nur verständliche und übersichtliche Energiebilanzen, sondern vor allen Dingen eine völlig neue Transparenz und Akzeptanz der Konzerne bei der Strompreisbildung für den Bürger.

2. Pfeiler Leistungsfähige Netze

„Deutschlands Energiepolitik bewegt sich im Spannungsfeld zwischen der Stromerzeugung im Norden und der hohen Stromnachfrage im Süden der Bundesrepublik. Für Brandenburg als Stromexport- und Stromtransitland hat deshalb der schnelle Ausbau der Stromnetze besondere Bedeutung und Priorität.“

Auf diesen wirtschaftlichen Wahnsinn und Unsinn haben die Spezialisten der Energiewirtschaft schon hinreichend fachlich und wissenschaftlich begründete Antworten gegeben (siehe auch <http://www.alt.fh-aachen.de/>).

Ich wiederhole! Die Stromnetze gehören nicht dem Land Brandenburg. Welche Hinweise erwartet die CDU von den Bürgern zum konsequenten Netzausbau?

3. Pfeiler Energieträger im Mix

„Ausgehend von der aktuellen Situation haben wir Bekenntnisse formuliert, die als berechenbare Richtschnur gelten und dabei genug Flexibilität und Spielräume für Innovationen und technischen Fortschritt bieten. Aus unserer Sicht steht Brandenburg vor der großen Aufgabe, die

Balance zwischen dem Gemeinwohl des Landes und dem individuellen Interesse einzelner Energiesparten herzustellen.“

Eine Balance zwischen dem Unternehmensziel der Energiekonzerne und dem Gemeinwohl des Landes? Wer soll das glauben und realisieren?

Unser Bekenntnis zu Fossiler Energie

Kein Kommentar (siehe oben)!

Unser Bekenntnis zur Biomasse

„Die Überarbeitung der derzeitigen Biomassestrategie sehen wir als dringend geboten an. Ein zentrales Ziel muss dabei der grundsätzliche Stopp des unregulierten Ausbaus von Biogasanlagen sein. Ihre Anzahl hat sich in den letzten Jahren nahezu versechsfacht. Fragestellungen, wie die „Tank-oder-Teller-Diskussion“ oder der Import von Biomassen aus dem Ausland sind dabei zu berücksichtigen.“

Wie will die CDU das lukrative Geschäft mit den Biokraftstoffen aufhalten? Durch Überarbeitung der derzeitigen Biomassestrategie?

Unser Bekenntnis zur Geothermie

Kein Kommentar!

Unser Bekenntnis zur Solarenergie

„Um dem weiteren Anstieg der Energiepreise entgegen zu wirken, hält die CDU-Fraktion eine schrittweise Kürzung der staatlichen Förderung der Solarenergie für geboten.“

Warum nicht auch für die Windenergie?

Unser Bekenntnis zur Windkraft

„Unser Land belegt nach Niedersachsen mit über 4.800 Megawatt installierter Leistung den zweiten Platz im Ländervergleich.“

„Wir sprechen uns auch gegen einen Bau von Windkraftlagen in Naturschutz- und Landschaftsschutzgebieten aus. Die regionalen Planungsgemeinschaften müssen diese Maßgaben bei der Ausweisung von Windeignungsflächen umsetzen.“

Das ist doch nichts Neues? Die Forderung der Bürgerbewegungen in Brandenburg geht weit darüber hinaus:

Keine Windkraftanlagen in unseren Wäldern und einmaligen Landschaften!

Die Forderungen der CDU-Fraktion von Brandenburg lauten:

□ *Aufkündigung der in der Energiestrategie 2020 festgelegten Ausbauziele für Windkraftanlagen. Wir halten es nicht für vertretbar, bis 2020 in Brandenburg 7.500 MW installierte Windkraftleistung zu erreichen,*

- *Den von der Landesregierung Brandenburg beabsichtigten Flächenverbrauch von 2 Prozent der Landesfläche (ca. 600 km²) tragen wir nicht mit,*
- *Baustopp für Windkraftanlagen in wohnortnahen Bereichen. Wir schlagen die Einführung eines Mindestabstandsfaktors vor, der sich an der Bauhöhe der Windkraftträder orientiert, z. B. würde ein Abstandsfaktor von 10 bedeuten, dass ein Windkraftträd mit einer Nabenhöhe von 200 m mindestens 2.000 m von der nächstliegenden Wohnbebauung entfernt sein muss,*
- *Überprüfung und Überarbeitung der bestehenden Regionalplanungsverfahren.*

Meine Fragen:

Welche Ausbauziele für Windkraftanlagen in Brandenburg hält die CDU-Fraktion bis 2020 überhaupt für vertretbar?

Welchen Flächenverbrauch für Windkraftanlagen in Brandenburg schlägt sie vor?

Baustopp und Rückbau von Windkraftanlagen in der Nähe von Wohngebäuden? Wann? Wie? Mit welchem Gesetz?

Wann und wie nimmt die CDU auf die Überprüfung und Überarbeitung der bestehenden Regionalplanungsverfahren der Landesregierung Brandenburg konkret Einfluss?

d. Fazit – Ein brandenburgverträgliches Energiekonzept

Das Fazit geht davon aus, dass aus Brandenburg durch die Energiekonzerne auch künftig Elektroenergie exportiert werden muss. Deshalb muss es „*seinen Beitrag zur Energiewende*“ und zum „*Klimaschutz*“ leisten, „*müssen Netzausbau, Energieeinsparung und Energieerzeugung gleichermaßen weiterentwickelt und vorangetrieben werden*“. Von der gegenwärtigen Landesregierung fordert sie eine „*intensive Bürgerbeteiligung von Anfang an*“ und „*eine konsequente Stärkung von Forschung und Entwicklung*“.

Resümee:

Dort wo das Streben nach Maximalprofit zum bestimmenden Faktor allen Handelns wird, bleiben Vernunft, Verstand und Verantwortung für das Gemeinwohl der Menschen auf der Strecke. Die Kritik an der totalen Vermarktung der Daseinsvorsorge hat sowohl in den Städten und Gemeinden, als auch bei ihren Bürgerinnen und Bürgern hinsichtlich ihrer Breite und Schärfe zugenommen. Immer mehr Kommunalpolitiker begreifen, dass die Einbeziehung und aktive Mitwirkung der Bürger an den demokratischen Entscheidungsprozessen in den Kommunen nur dann gelingen kann, wenn die Daseinsvorsorge von ihnen wieder in die eigenen Hände genommen wird (siehe http://www.dr-schacht.com/Daseinsvorsorge_Vortrag.pdf).

Es ist Zeit, die Vertreter der Bürgerbewegungen und Energiepolitik aller Parteien mit den Energiespezialisten, Fachleuten an einem „Runden Tisch“ zusammenzubringen um die gravierenden Fragen der Daseinsvorsorge kompetent und grundlegend zu lösen.